



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

**November
2023**

Guten Tag!

Landtagswahl vorbei – alles wie gehabt?

Die meisten Wahlplakate sind abgeräumt und die wenigen Erwartungen, die geweckt wurden, schon vergessen. Wie soll es in Hessen auch anders sein? Die Kassen sind leer, und die Zuwendungen aus dem Bund reichen vorne und hinten nicht. Allein um die Schulen in unserem Bundesland zu sanieren, wären Mittel in Höhe von 5 Milliarden Euro nötig, soviel wie uns unsere Solidarität mit der Ukraine zu deren Aufrüstung in diesem Jahr wert ist. Nichts wird die neue Regierung in Wiesbaden gegen die Verteuerung von Lebensmitteln und Energie unternehmen, sondern weiterhin tatenlos zusehen, wie die Armut weiter steigt. Den Tafeln gehen infolge der zunehmenden Bedürftigkeit die Lebensmittel aus, aber staatliche Hilfe ist nicht in Sicht. Spricht man die Landespolitiker darauf an, dann zucken sie mit den Schultern und sind ratlos. Man könnte meinen, sie hätten mit den Parteien der Ampel oder der Opposition in Berlin nichts zu tun. Dabei stehen sie einhellig mit ihren Parteikollegen aus SPD, Grüne, FDP, CDU und AfD hinter den hohen Rüstungsausgaben, die unsere Milliarden verschlingen, sowie den Sanktionen gegen Russland, die uns

**Stell Dir vor,
Du bist
60
und musst
zu den
Tafeln**

von günstiger Energie abschneiden. Die Wirtschaft geht den Bach runter und viele Unternehmen gehen in die Insolvenz oder wandern ab.

Es sind auch die gleichen Parteien, die bei Abstimmungen für die Einführung von Vermögenssteuern, Reichensteuern, Übergewinnsteuern und einer den Namen verdienenden Erbschaftssteuer regelmäßig dagegen votieren.

Also alles wie gehabt? Eher schlechter.

R. Weber

Gesundheitsversorgung im Abwärtstrend

Man braucht nur die Zeitung aufzuschlagen oder die Nachrichten in Radio und Fernsehen zu verfolgen, um mitzubekommen, dass die Regierung für die Gesundheitsversorgung zu wenig Geld bereitstellt. Besonders die Krankenhäuser sind von Unterfinanzierung betroffen und viele stehen vor dem Aus!

Anstatt für die Gesundheit unserer Menschen genügend Geld bereitzustellen, folgt Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) den Vorgaben der Bertelsmann-Stiftung und setzt an der Krankenhausversorgung den Abrissbagger an. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft sieht nahezu 70 Prozent der Krankenhäuser in finanzieller Schieflage bis hin zur Insolvenzgefährdung.

Was folgt sind Schließungen oder die Privatisierung mit Profitaussicht. Patienten sind dann Nebensache.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der sich mit ver.di-



Vertrauensleuten des Erbacher Krankenhauses getroffen hat, meldet für die öffentlichen Kliniken die Alarmstufe „ROT“, so auch für das Gesundheitszentrum Odenwald in Erbach.

Der DGB und ver.di betonen übereinstimmend: „Das GZO ist das Rückgrat der medizinischen Versorgung im Odenwaldkreis und mit über eintausend Beschäftigten und weit über hundert Ausbildungsplätzen zugleich der zweitgrößte Arbeitgeber im Odenwaldkreis“. Für uns alle ist



wichtig, dass das GZO auch in Zukunft in öffentlicher Trägerschaft bleiben muss. Im Gegensatz zu privaten Klinikketten, die von profit- und renditeorientierten Großinvestoren betrieben werden, steht beim GZO der öffentliche Versorgungsauftrag, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und damit das Gemeinwohl im Mittelpunkt der Arbeit. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen öffentlich und privat. Die flächendeckende Gesundheitsversorgung und unzählige Arbeitsplätze sind gefährdet.

Die DKP steht solidarisch hinter den Forderungen der Gewerkschaft, stellt aber im Gegensatz zu DGB und ver.di klar: Rüstung und Krieg verschlingen die Milliarden, die für unsere Gesundheit notwendig sind!

R. Fertig

Die Deutsche Kommunistische Partei zur Lage in Palästina/Israel:

Die westlichen Staaten, darunter die Bundesregierung, stellten sich sofort auf die Seite der israelischen Kolonialmacht. Die Regierungsparteien und die CDU sprechen in einer gemeinsamen Erklärung von „abscheulichen Verbrechen“ und mit „nichts zu rechtfertigendem Terror“ von Seiten der Palästinenser. Über den Terror der israelischen Besatzungsmacht gegen Palästinenser dagegen wurde in der Vergangenheit im Allgemeinen billigend geschwiegen.

Gleichzeitig wird hart gegen Palästinenser und ihre Unterstützer in der BRD vorgegangen. Hilfen für palästinensische Gebiete sollen „auf den Prüfstand“. Wer dem offiziellen Narrativ widerspricht, wird mit dem Antisemitismus-Vorwurf mundtot gemacht. Der Bayrische Rundfunk und der Sender „Arte“ kündigten etwa an, den freien Journalisten Malcolm Ohanwe nicht mehr zu beauftragen, da er kritische Fragen zur Ursache der Gewalteskalation gestellt hatte. Aus der CDU kommen schon die Rufe nach Abschiebungen der Palästinenser.

Wir halten fest: Die Verantwortung für die Eskalation, für die Toten auf beiden Seiten, liegt bei der rechtsextremen israelischen Regierung und ihrer Apartheid-, Kolonial- und Besatzungspolitik. Mitverantwortlich sind die imperialistischen Unterstützer dieser Politik, darunter auch die Bundesregierung. Der Kampf des palästinensischen Volks reiht sich ein in die antikolonialen Kämpfe, die angesichts veränderter weltweiter Kräfteverhältnisse zugenommen haben.

Wieviel Profit darf es sein?

Gewinne erhöhen durch weniger Personal? So soll vermutlich die angestrebte Lösung bei der Deutschen Post aussehen. Schon heute läuft es nicht mehr rund, wenn Sendungen verspätet kommen oder im falschen Briefkasten landen. Die Lösung soll eine Zustellung der zwei Geschwindigkeiten sein. Es könnte einen Priobrief geben, der am Tag nach dem Briefeinwurf beim Adressaten ist und einen Standardbrief, der erst nach drei Tagen ankommt, sagt Post-Managerin Nikola Hagleitner der *Welt am Sonntag*. Verbunden wäre diese Umstellung der Laufzeiten mit höherem Porto.

Bis jetzt konnte die Regulierungsbehörde von dieser Forderung noch nicht überzeugt werden. Der Post-Antrag auf eine vorzeitige Portonerhöhung wurde Anfang August abgelehnt.

Das „notleidende“ Unternehmen macht im Briefbereich ein Plus und hat 2022 einen Rekordgewinn von satten 8,4 Milliarden Euro eingefahren. Die Gier der Konzerne, auch der Post, scheint unersättlich. Bis zur Privatisierung 1994 war die Post dem Gemeinwohl verpflichtet und für die Mitarbeiter ein sicherer Arbeitsplatz. Heute herrscht das Profitstreben auf Kosten der gehetzten Beschäftigten.

Warum nicht eine Rückverstaatlichung? Was in die eine Richtung möglich war, sollte doch auch umgekehrt machbar sein. Der Staat hätte sicher Verwendung für diese Einkünfte.

P. J. Bosse

XXIX. INTERNATIONALE
ROSA-LUXEMBURG
KONFERENZ

SONNABEND
13. JANUAR 24

TEMPODROM
MÖCKERNSTRASSE 10, 10963 BERLIN
5-BAHN ANHALTER BAHNHOF

Wem gehört die Welt?

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail rfan@mail.de